



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884 - 33
Fernschreiber 0896890

Z/XIII/261 - 15. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Ausgefahrene Geleise Westliche Deutschlandpolitik vor einem Dilemma	55
2	Motor des technischen Fortschritts Zum 50. Geburtstag von Staatssekretär Prof. Dr. Leo Brandt	55
3 - 4	Der neue Konflikt zwischen Belgrad und Pankow Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad	65
5 - 6	Eine Krankheit unserer Zeit Immer mehr "Repräsentation"? Von H.G. Ritzel, MdB	98
7	Die SED ist isoliert Von Berliner Wahlkampf	35

* * * * *
* * * * *

Ausgeföhrene Geleise

ler - Der Chruschtschow-Vorstoss gegen den derzeitigen Status von Berlin zieht Kreise. Mit ihm wird eine neue diplomatische sowjetische Gross-Offensive eingeleitet. Die Stossrichtung ist bekannt. Das spürt man auch in den westlichen Hauptstädten. Die mit der Bundesrepublik verbündeten westlichen Regierungen, vor allem die Vereinigten Staaten, sicherten in ihrer ersten Reaktion auf die Moskauer Sportpalast-Säde Chruschtschows Berlin ihre volle Unterstützung zu. Die Ernsthaftigkeit dieses Willens steht wohl ausser Zweifel. Es ist jedoch nicht anzunehmen, Pankow und Moskau werden so töricht sein, in dem neu entfachten Spiel um Deutschland Zuflucht zur militärischen Gewalt zu nehmen. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen und dürfte auch in Zukunft nicht geschehen, denn ein offener, mit militärischen Mitteln ausgetragener Konflikt um Berlin liess sich nicht auf das Gebiet der DDR und der Bundesrepublik beschränken; er würde zum dritten Weltkrieg führen. Den will auch die Sowjetunion nicht.

Die Gefahren liegen woandere. Sie liegen in der Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Mit staunenswerter Offenheit hat dies die grosse liberale britische Wochenzeitung "Economist" angedeutet. Sie schreibt

"Die Russen sind nicht das einzige Volk, das fürchtet, ein geeintes Deutschland könnte den Frieden stören. Es gibt auch in Grossbritannien zahlreiche Leute, die der Meinung sind, dass die Teilung Deutschlands die deutsche Frage in angenehmer Weise 'auf's Eis gelegt hat'. Beide Seiten leisten der deutschen Einheit Lippendienste und stecken ihre Bedingungen so hoch, dass sie unmöglich gemacht werden."

Vor einigen Wochen weilte der österreichische Verteidigungsminister Graf mit einer grösseren Delegation in Moskau. Er wurde dort mit hohen Ehren empfangen. Als beherrschenden Eindruck von seiner Reise und von seinen Gesprächen mit den Mitgliedern der sowjetischen Hierarchie, aber auch mit dem Mann von der Strasse nahm er die bei jeder Gelegenheit geäusserte Furcht der Russen vor den Folgen der westdeutschen Wiederbewaffnung mit, eine Furcht, die sich an den düsteren Erfahrungen des Juni 1941 orientiert. Die Sowjetunion wird die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen wohl kaum mit kriegerischen Aktionen beantworten, aber sie wird alles tun, um ihr am weitesten nach Westen gerichtetes Vorfeld, die DDR, international und militärisch so zu festigen, dass mit ihrer Existenz dann auch die anderen Staaten zu rechnen haben. Das ist der Sinn ihres Vorstosses, der die Westmächte und Bonn zwingen soll, früher oder später Pankow anzuerkennen. Moskau glaubt hier an längeren Habelarm zu sitzen.

13 Jahre nach dem Zusammenbruch und nach der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte befindet sich die Deutschlandpolitik des Westens und des Ostens in einem beinahe ausweglos erscheinenden Dilemma; beide Seiten richten sich auf die dauernde deutsche Spaltung als einen wünschenswerten Zustand ein. Spricht die eine Seite von militärischer Entflechtung als ein erstrebenswertes Ziel, tut die andere Seite alles, um die militärischen Bindungen noch fester zu gestalten. Die Idee der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa wäre wohl geeignet, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, aber mächtige Kräfte im Westen einschliesslich in Bonn wollen davon nichts wissen. Die Folgen solcher sterilen Haltung können nicht ausbleiben; sie zeichnen sich in der neuen sowjetischen Gross-Offensive ab, die die Westmächte völlig unvorbereitet und ziemlich hilflos antrifft.

Motor des technischen Fortschritts

K. N. Selten in den vergangenen Jahren hat ein Wort so sehr die Debatten über die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung beeinflusst wie der Begriff der zweiten industriellen Revolution. Einer der Männer, die in dieser Auseinandersetzung mit an vorderster Stelle stehen, begibt am 17. November seinen 50. Geburtstag: der Staatssekretär im Nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium, Prof. Leo Brandt.

In den langen Jahren seiner Tätigkeit in Düsseldorf hat sich Brandt auf zahlreichen Gebieten des Wirtschafts- und Verkehrswesens unübersehbare Verdienste erworben. Nicht nur die Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Eisenbahnen an Rhein und Ruhr, sondern auch die Planung des Atomforschungszentrums in Jülich, dessen zwei Reaktoren im Bau sind, gehen zu einem erheblichen Teil auf sein Konto. Die Gründung zahlreicher anderer Institutionen - so der Institute für Radarastonomie, für Spektroskopie, für Binnenschiffbau, für Wellenforschung, für instrumentelle Mathematik und die Wiederbegründung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt - gehen auf seine Initiative zurück. Die Wissenschaftler an Rhein und Ruhr wissen, was sie dem unermüdbaren Trommler aus Düsseldorf verdanken. Als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Forschung hat er so manchem ihrer Projekte zur Verwirklichung verholfen.

Aber es ist nicht nur die fachliche und organisatorische Leistung, die Leo Brandt zahlreiche Anerkennungen eingebracht haben. Mit seiner beeindruckenden Dynamik und Begeisterungsfähigkeit hat er sich in allen politischen Lagern viele Freunde geschaffen. In den Kreis dieser Freunde gehörte nicht zuletzt der verstorbene Ministerpräsident Karl Arnold.

Auf der Ebene der Bundespolitik gehört Brandt heute zu jenen Kreis der wissenschaftlichen Fachleute, auf deren Rat nicht mehr verzichtet werden kann. Als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen Atomkommission hat er unmittelbaren Anteil am Aufbau einer deutschen Atomwirtschaft- und Atomwissenschaft. In Anerkennung seiner Verdienste verliehen ihm die Technische Hochschule München und die Medizinische Akademie Düsseldorf den Ehrendoktor, die Technische Universität Berlin ernannte ihn zum Ehrensenator.

An seinem 50. Geburtstag werden Leo Brandt ungezählte Grüße und Wünsche aus dem In- und Ausland erreichen. Wir schließen uns aus vollem Herzen der Schar der Gratulanten an.

Der neue Konflikt zwischen Belgrad und Pankow

Von unserem Korrespondenten Harry Schleicher, Belgrad

Die gerade einjährige Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und der DDR hat mit dem Protest der jugoslawischen Regierung in Ostberlin ihren wohl bisher absoluten Tiefstand erreicht. In der Protestnote, die Anfang der Woche im Ostberliner Außenministerium überreicht worden ist, steht der nicht zu übersehende Satz, daß Angriffe ähnlicher Art, wie sie der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, aus Anlaß der 41-Jahrfeier der Oktoberrevolution gegen Jugoslawien vortrug, die Grundlagen der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der DDR zerstören müßten.

Grotewohl hat mit seinen Vorwürfen, die seit dem Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im April dieses Jahres im gesamten Ostblock in stetiger Refrain, wenngleich in den einzelnen Ländern sehr verschieden untermalt, wiederkehren, keinen neuen Akkord geliefert. Die Mär von dem "trojanischen Pferd", dessen Rolle die jugoslawischen Kommunisten innerhalb des "sozialistischen Lagers" angeblich für den Westspielen, ist auch dadurch, daß Ministerpräsident Chruschtschow ihr geistiger Vater ist, kaum glaubwürdiger geworden. Wenn nun Grotewohl, fünf Monate nachdem dieser Ausspruch zum erstenmal auf dem Parteitag der bulgarischen KP gefallen ist, mit anderen Worten die Gefahr beschwört, die der kommunistischen Weltbewegung von seiten der jugoslawischen Kommunisten angeblich droht, so erweist er sich nur als die übertreue Stimme seines Moskauer Herrn.

Die Jugoslawen, an solche Verdächtigungen und Vorwürfe hinreichend gewöhnt, hätten Grotewohl's Rede den anderen Akten hinzufügen können, wenn sie nicht von einem Staatsmann aus einem staatlichen Anlaß erfolgt wäre. In diesem Zusammenhang erhielten Grotewohl's Ausführungen jedoch ein größeres Gewicht und stellten außerdem ein Vorgehen dar, das im zwischenstaatlichen Verkehr durchaus unüblich ist.

Daß sich die Regierung in Pankow um die Verletzung internationaler Spielregeln jedoch keine allzu starken Gewissensbisse macht, haben die Jugoslawen damit aber nicht zum erstenmal erfahren müssen. Innerhalb eines Jahres sah sich die jugoslawische Regierung dreimal gezwungen, gegen das Vorgehen der DDR zu protestieren. Zum ersten Male als Pankow im Gefolge des sowjetischer Vorgehens einseitig ein Kreditabkommen mit Jugoslawien kündigte. Der zweite Protest war nur ein "halber", weil er entgegen den diplomatischen Konventionen nicht in Ostberlin selbst, sondern bei der ostdeutschen Vertretung in Belgrad eingelegt wurde. Er hatte ein Kommuniqué zum Anlaß, das bei dem Besuch einer ostdeutschen Staats- und Parteidelegation in Oktober in der bulgarischen Hauptstadt unterzeichnet worden ist. Der Hauptteil dieses Dokuments galt dem "modernen Revisionismus", der seinen deutlichsten Ausdruck im Programm der jugoslawischen Kommunisten gefunden haben soll. Dieses ostdeutsche Engagement wurde in Belgrad deswegen besonders übel vermerkt, weil man es als eine offene Unterstützung einer "irredentistischen Politik" ansah, die zu jener Zeit von Bulgarien in der mazedonischen Frage bereits mit viel Elan, jedoch sehr geringer Glaubwürdigkeit verfochten wurde.

Der gegenwärtige, dritte und stärkste Protest hat eines deutlich werden lassen: das Verhältnis zwischen Belgrad und Pankow, das nie einen Frühling oder gar Sommer gekannt hat, ist dabei, einzufrieren, ohne daß Jugoslawien zu dem frostigen Klima allzuviel beigetragen hat. Pankow, das einmal sehr lange um Einlaß bettelnd vor der Belgrader Haustür gestanden hat und mit der Anerkennung durch Jugoslawien einen gewissen Prestigeerfolg zu verbuchen hatte, scheint seitdem an der Gunst des größten Balkanstaates kaum noch interessiert.

Dieser Zustand bietet eine Chance für die deutsche Außenpolitik, da eine Abkühlung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow öfters als eine Voraussetzung für eine Wiederannäherung Belgrad und Bonn genannt worden ist. Die Jugoslawen haben eine ihnen aufgezwungene Bedingung stets abgelehnt; nur leistet Ostberlin Schützenhilfe. Eine eventuell fortschreitende Vereisung des Verhältnisses zwischen der DDR und Jugoslawien würde gleichsam zum Prüfstein für die Bonner Außenpolitik werden, nämlich, inwieweit man in Bonn tatsächlich ernstlich bemüht ist, das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten im allgemeinen und zu Jugoslawien im besonderen zu verbessern.

Eine Krankheit unserer Zeit

Von H.C. Ritzel, MdB

Die Benutzung des Flugzeuges hat die Welt kleiner gemacht. Es gibt - von wenigen unerforschten Gebieten abgesehen - praktisch keine Schwierigkeiten mehr, einen noch so entfernten Ort innerhalb weniger Stunden oder Tage zu erreichen. Die europäischen Hauptstädte sind in kurzer Frist zu erreichen. Die Rolle der Botschafter der einzelnen Staaten und Völker hat sich geändert. Früher waren die Gesandten und Botschafter Diplomaten, die im Auftrage ihrer fernen Regierung das Interesse ihres Heimatstaates bei dem fremden Souverän auf Grund der ihnen erteilten grundsätzlichen Weisungen mit einer gewissen Freiheit zu vertreten hatten. Heute ist das anders. Mr. Dulles fliegt rasch einmal von Washington nach London, bespricht sich dort während des Mittagessens mit dem britischen Premierminister oder Außenminister, hält eine zweite Konferenz zur Teezeit in Paris ab und speist am Abend mit dem deutschen Bundeskanzler oder dem deutschen Außenminister in Bonn. Nach Beendigung seiner Gespräche kann er noch in der Nacht nach Washington zurückfliegen oder rasch einen Trip nach Rom oder irgendeine asiatische Hauptstadt unternehmen. Das ist gut so und gegen diese direkte Verständigung ist gewiß nichts einzuwenden. Die Entfernungen sind noch die gleichen wie sonst, aber die Mittel zur Überwindung der Entfernungen sind andere, praktisch ist die Welt kleiner geworden.

Die diplomatischen Vertreter der einzelnen Staaten existieren trotzdem weiter und es ist auch nicht zu bezweifeln, daß für eine veränderte Tätigkeit ebenfalls Notwendigkeiten ins Feld geführt werden können und müssen. Die konsularischen Geschäfte dürfen ebenfalls nicht vernachlässigt werden und daher ist auch gegen die Existenz von Konsulaten und Generalkonsulaten nichts einzuwenden, aber hier zeigt sich eine Entwicklung, die auf die Dauer einfach als unhaltbar bezeichnet werden muß.

Übermaß an Repräsentation

Wer Gelegenheit gehabt hat, sogenannten kleinen Empfängen oder Cocktailparties beizuwohnen und wer weiß, in welchem Ausmaß die Angehörigen der diplomatischen und konsularischen Vertretungen gezwungen sind, ihre Abende und halbe Nächte zu opfern, um derartigen Anlässen beizuwohnen, bei denen man herumsteht, irgendein Getränk schlürft, unverbindliche Gespräche führt, Bekanntschaften macht oder erneuert, um dann todmüde ins Bett zu sinken, am anderen Tage dasselbe zu erleben und so wochenlang nicht von solchen Verpflichtungen frei zu werden, der weiß auch, daß die tägliche Arbeitsaufgabe unter dieser Überlast gesellschaftlicher Verpflichtungen leiden muß, daß die Nerven leiden und daß ein verteidigbarer Aufwand an Repräsentationsausgaben entsteht.

Natürlich kann ein solcher verteidigbarer Aufwand nicht von einer Seite allein vermieden werden. Man müßte sich schon über eine Einschränkung derartiger Verpflichtungen verständigen und es wäre durchaus denkbar, daß sich einmal die Außenminister und ihre Vertreter bei gegebener Gelegenheit abseits von der hohen Politik bemühen würden, ihre eigenen Auslandsvertretungen etwas zu entlasten und dabei auch Geld zu sparen.

Der Einzelplan des Bundesaußenministers

Den diplomatischen und konsularischen Leitern der Vertretungen des Bundes im Ausland stehen zur Erfüllung von Aufwendungen dieser Art Mittel zur Verfügung, deren Höhe angesichts der tatsächlichen Anforderungen nicht als übersetzt angesehen werden kann. Es stehen außerdem für außergewöhnlichen Aufwand, der Verwaltungsangehörigen der Vertretungen des Bundes im Ausland erwächst, soweit sie nicht selbst die Leitung der betreffenden Vertretung inne haben, im Rahmen des Haushaltsplanes des Bundesaußenministers für alle Vertretungen der Bundesrepublik in aller Welt rund 3 Mio DM zur Verfügung. Kritische Nachprüfungen haben ergeben, daß auch dieser Betrag nicht übersetzt ist.

Im Einzelplan der allgemeinen Finanzverwaltung des Bundes stehen aber außerdem für außergewöhnlichen Aufwand von Beauftragten der Bundesrepublik im Ausland sowie für den Aufwand deutscher Delegationen und Dienststellen im Verkehr mit dem Ausland 350 000 DM in diesem laufenden Rechnungsjahr zur Verfügung. Neuerdings zeigt sich, daß dieser Betrag nicht ausreicht. Die Bundesministerien für Wirtschaft und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fordern weitere Mittel an. Möglicherweise werden auch aus anderen Ministerien weitere Beträge wegen der Ausgaben verlangt, die den deutschen Beauftragten, also in der Hauptsache deutschen Delegationen, Beauftragten und Dienststellen, die mit ausländischen Stellen im dienstlichen Verkehr stehen, erwachsen.

Das Bundesfinanzministerium rechnet anstelle der etatsmäßigen 350 000,- DM für diesen Zweck mit einem weiteren Mindestaufwand von 121 000,- DM, so daß also durch die im wesentlichen repräsentativen Verpflichtungen deutscher Delegationen im Ausland in einem einzigen Rechnungsjahr 471 000,- DM verbraucht werden, obwohl im gleichen Ausland bereits deutsche Vertretungen bestehen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier des Guten zu viel getan wird. Das Bestehen deutscher diplomatischer Vertretungen im Ausland sollte in vielen Fällen genügen, um die zusätzliche Entsendung von Beamten der Bonner Bundesverwaltung in das Ausland zu unterlassen. Die notwendige Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung muß an vielen Stellen einsetzen und hier bietet sich nicht gerade die letzte Möglichkeit, eine sparsamere Verwaltung zu erreichen.

Auf die Dauer unerträglich

Es ist eine Krankheit unserer Zeit, mit großen Delegationen (wobei bundesdeutsche Delegationen nicht selten die an Zahl größten sind) in Erscheinung zu treten. Es sind Repräsentationsverpflichtungen in einem Umfang großgezogen oder mitgemacht worden, der dringend des Abbaues bedarf. Auf die Dauer wird es unerträglich sein, den öffentlichen Haushalt und damit die Steuerzahler mit immer ständig wachsenden Ausgaben dieser Art zu beanspruchen. Auch hier sollte zunächst der Bundesregierung, dann aber auch dem Parlament die Aufgabe erwachsen, mit dem Rotstift manche Anforderung zu korrigieren, um der Repräsentationswut an einem erreichbaren Punkt einen Riegel vorzuschieben. Wenn deutsche Delegationen trotz des Vorhandenseins deutscher diplomatischer Vertretungen im Ausland unvermeidlich sind, sollten sie zahlenmäßig so verringert werden, daß mit den bisherigen Haushaltsbewilligungen auszukommen ist. Es ist nicht notwendig, daß bei internationalen Verhandlungen der Ressortleiter eines bundesdeutschen Ministeriums oder jeder Sachbearbeiter entsandt wird. Unsere bundesdeutschen Beamten sind so erfahren und geschult, daß sie auch die Vertretung eines mit anderen Aufgaben betrauten Kollegen nach entsprechender Information zu übernehmen vermögen. Der deutsche Steuerzahler würde eine solche Entwicklung sicherlich mit Freuden begrüßen.

Die SED ist isoliert

K.J. Wie sich die Kommunisten die Demokratie vorstellen, haben sie am Donnerstag bei der SED-Großkundgebung im westberliner Sportpalast wieder einmal unmißverständlich demonstriert. Die Berliner Bevölkerung war eingeladen, sich über die Politik dieser Partei zu informieren - und dann ließ man sie erst gar nicht herein. Man hatte die Eintrittskarten vorsorglich nur an die eigenen Leute ausgegeben, man wollte ganz unter sich sein. Sogar die Journalisten mußten bis auf wenige Ausnahmen draußen bleiben.

Um den Sportpalast mit Claqueuren voll zu kriegen, holte man sich den größeren Teil des Publikums aus dem Ostsektor. Schon etliche Stunden vor Beginn der Kundgebung marschierten die Ostberliner SED-Leute an, viele hatten früher mit der Arbeit aufhören dürfen. Und dann ging die Show so über die Bühne, wie man es sich gewünscht hatte: Bravo-Rufe im Chor und Pfui-Rufe im Chor - immer an den passenden Stellen der Rede des Politbüro-Mitgliedes Nordan ausgestoßen, der den Abzug der Alliierten Truppen aus Westberlin forderte und haargenau das sagte, was das 'Neue Deutschland', das SED-Zentralorgan, täglich seinen Lesern vorsetzt. Wer nicht heftig genug mitklatschte, wer nicht die nötige Begeisterung zeigte, machte sich hochverdächtig. Er tut gut daran, den Sportpalast rechtzeitig zu verlassen, wollte er sich von den strammen Funktionären nicht zur Ordnung rufen lassen.

Tausende von Westberlinern hatten sich vor dem Sportpalast zusammengefunden, um den Kommunisten die Antwort des Freien Berlin auf die Drohungen der letzten Tage zu geben. Ein riesiges Polizeiaufgebot - das stärkste, das bisher zum Schutze einer Versammlung eingesetzt wurde - mußte sie in die Nebenstraßen schieben, um Zwischenfälle zu vermeiden. Als die Versammlungsteilnehmer wieder in den Ostsektor zurückführen, hatte die Polizei ganze Straßenzüge hermetisch abgeriegelt. Es war ein Spießbratenlauf. Was die Berliner von der SED halten, kam über die Köpfe der absperrenden Polizisten deutlich genug: 'Berlin sagt nee zur SED.' 'Es hat keinen Zweck, der Spitzbart muß weg.'

Welche Chancen die SED bei den Dezemberwahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus hat, mag sie sich nach diesem Empfang ausrechnen. Man wird die Kommunisten unter sich lassen. Und das wissen sie auch sehr genau. Sonst hätten sie es nicht nötig gehabt, sich selbst im Sportpalast einzusperren.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel